

Zukunftskonto statt Lohnraub

Im digitalen Zeitalter möglich / Gewerkschaften nicht auf der Höhe der Zeit

BERLIN – 18.9.2007 (khd). Es werden heute reichlich Register, Listen und Verzeichnisse digital auf Computern geführt. Mancherorts gibt es so etwas auch schon für die Arbeitszeit. Auf Arbeitszeitkonten wird die tatsächlich geleistete Arbeitszeit festgehalten und fortgeschrieben, wobei nur eine Jahresarbeitszeit verpflichtend vereinbart ist.

Das ist für Arbeitgeber und Arbeitnehmer nützlich, denn das Personal wird nur bei entsprechendem Arbeitsanfall eingesetzt. Und ein Arbeitnehmer kann sich zusammenhängende Freizeit ansparen. Das ist gut so, denn starre Tages- und Wochenarbeitszeiten sind in vielen Bereichen unserer Wirtschaft und Verwaltung anachronistisch. Natürlich gibt es produzierende Unternehmen, bei denen eine Umstellung nicht so ganz einfach ist. Aber sogar die Automobil-Industrie war in der Lage (Beispiel Volkswagen), solche wegweisenden Arbeitszeitkonten einzuführen.

Noch ist das Jahres-Arbeitszeitkonto nicht allgemein üblich. Aber die Gewerkschaften arbeiten daran, wie es so schön heißt. Andererseits wissen wir, daß deutsche Gewerkschaften in mancher Hinsicht nicht auf der Höhe der Zeit sind. Das Parade-Beispiel ist noch immer ihr Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.

Aber ein aktuelles Beispiel aus Berlin mag noch besser den Ausfall von gewerkschaftlicher Innovation aufzeigen: Die Gewerk-

schaft Verdi streitet in diesen Monaten mit der Landesregierung Berlins um die nachträgliche Übernahme des überall in

Deutschland geltenden Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst. Das SPD/PDS-regierte Berlin war 2003 aus der Tarifgemeinschaft ausgeschieden, um die letzten Tarifierhöhungen nicht gewähren zu müssen. Der Grund: Berlin sei hochverschuldet und könne das „nicht mehr bezahlen“, heißt es immer wieder.

+++ Die Beschäftigten des Landes Berlin haben mehr Respekt, mehr soziale Gerechtigkeit für gute Arbeit verdient +++

Stellenabbau und Arbeitsverdichtung bei gleichzeitiger Einkommenskürzung waren seit 2003 der Dank +++

VERDI-Ticker am 17. Sep. 2007

Zwar ist daran richtig, daß unfähige Politiker das Land in den 1990er-Jahren in ein finanzielles Chaos geführt haben und Berlin daher jeden Euro dreimal umdrehen muß, bevor es ihn ausgibt. Dennoch wären im digitalen Zeitalter völlig neue Modelle der gerechten und angemessenen Lohnzahlung vorstellbar – ein ‚Lohnverzicht‘ (Lohnraub) muß dazu nicht angeordnet werden. Aber noch nicht einmal diese Verdi-Leute sind bislang auf solche wegweisenden Ideen gekommen.

Ein ‚Wechsel‘ auf die Zukunft

In der Finanzwelt gilt noch immer: „*Wer Geld hat, bezahlt mit 'nem Scheck, wer keins hat mit 'nem Wechsel.*“ Und nach diesem Prinzip ließe sich sehr wohl auch die Berliner ‚Klammheit‘ in rationale Bahnen lenken. Also wie wäre es, wenn ein Arbeitgeber des öffentlichen Dienstes bei Nichtfähigkeit des Zahlens zugesagter Löhne

einen Teil zunächst in Form eines Versprechens der zukünftigen Zahlung begleicht. Es dürfte ja wohl heute kein Problem sein, für jeden Arbeitnehmer noch ein entsprechendes „Zukunftskonto“ mit Sperrvermerk zu führen – vielleicht auch unverzinst. Und erst wenn der Arbeitgeber wieder (voll) zahlungsfähig ist, kann auf diesen Lohn vom Arbeitnehmer zugegriffen werden.

Dabei kann die Auszahlung durchaus noch durch sinnvolle Regelungen begrenzt werden kann, so daß ein Abheben auf einen Schlag nicht möglich ist. Auch müßten diese Zukunftskonten grundsätzlich so gestaltet werden, daß sie der Arbeitnehmer vererben kann, also die erworbenen Lohnansprüche niemals verloren gehen. Auch sollten diese Konten wie Lebensversicherungen oder Wechsel handelbar und beleihbar sein. Schließlich leben wir in einer Marktwirtschaft.

Das Land Berlin hat seit 2003 an seinen Bediensteten de facto massiven Lohnraub betrieben, was sich auf die beschriebene Art hätte vermeiden lassen. Aber alle gewerkschaftlichen Vertreter haben das gar

nicht erst gefordert – jedenfalls ist davon nichts bekanntgeworden. Sie haben stattdessen einem knebelnden „Anwendungstarifvertrag“ zugestimmt . . .

Wir sprechen hier von keinem kleinen Ärgernis. Beispielsweise ist in Berlin einem pensionierter Beamten *allein* durch den weitgehenden Wegfall des Weihnachtsgeldes um die 30.000 Euro (hochgerechnet auf seine zu erwartende Restlebenszeit) für immer weggenommen worden. Juristisch mag das formal alles möglich sein [Ed: man darf ja offensichtlich heute sogar gekaperte Ziviljets durch die Bundeswehr abknallen lassen, obwohl in unserer Verfassung anderes steht . . .].

Aber darauf kommt es nicht an. Denn es ist politisch nicht korrekt – es ist schlichtweg unredlich und instinktlos, jahrzehntelange fleißige Mitarbeiter derart miserabel zu behandeln. Angesichts der finanziellen Situation Berlins hätte aber wohl jeder Bedienstete dafür Verständnis gehabt, daß manches vom Lohn derzeit nicht ausgezahlt werden kann und deshalb auf ein solches Zukunftskonto wandern muß.

Mehr zu diesem Thema:

[18.02.2004: Studie zu Arbeitszeit-Konten] (SPIEGEL-ONLINE)

[10.12.2004: Verdi-Plan: Weihnachtsgeld nur für Gewerkschaftsmitglieder] (SPIEGEL-ONLINE)

[13.09.2007: "Angebot" des Senats unzureichend] (DBB-Flugblatt)

[16.09.2007: Tarifauseinandersetzung im öffentlichen Dienst Berlins] (VERDI)

Das Hauptportal des „khd-research.net“ ist im Internet erreichbar unter der Adresse: <http://www.khd-research.net/>.

Erscheinungsorte sind San José (USA) oder Toronto (Canada). Herausgeber der Publikationen ist: Universitätsrat a. D. K.-H. Dittberner, Berlin. Es gilt der Disclaimer.

Der hier im PDF-Format präsentierte Haupt-Artikel wurde erstmals in der Nr. 522 der Ausgabe der »khd-Page« vom 18. September 2007 veröffentlicht. Alle im Text unterstrichenen Begriffe sind im Original (im Internet) mit Links (Verweisen) versehen, die zu weiterführenden Informationen im Weltwissensnetz führen.

Die Artikel-Archivierung ist unter folgendem Pfad (URL) erfolgt: <http://www.khd-research.net/Welcome/News15.html#9>.